

Aktuelle Debatte – Den Schwung der Volksabstimmung nützen – eine neue Ära direkter Demokratie für unser Land – beantragt von der Fraktion der SPD

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 2010 hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung ein durchaus bedenkenswertes Ergebnis erbracht: 70 % der Deutschen haben kein Vertrauen mehr in die Politik und in die Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Stoch, ist es natürlich naheliegend, zu sagen: Wir brauchen mehr politische Beteiligung; wir brauchen Selbstbestimmung der Einzelnen; dies ist der Weg aus dieser Vertrauenskrise.

In Baden-Württemberg mag dies allemal zutreffen. Ich darf Sie persönlich, Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung zitieren:

Dass Baden-Württemberg überhaupt entstehen und sich dann zu einem der leistungsstärksten deutschen Bundesländer entwickeln konnte, haben wir der Volksabstimmung vor 60 Jahren zu verdanken.

Das ist die eine Seite, meine sehr verehrten Damen und Herren: Eine Volksabstimmung stand am Beginn unseres Bundeslands. Aber auf der anderen Seite stehen natürlich auch die Fakten.

Fakt ist: Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Bundesland, aber Volksabstimmungen und Volksbegehren haben dazu mit Sicherheit keinen großen Beitrag geleistet, um nicht zu sagen, gar keinen Beitrag geleistet. Es gab in Baden-Württemberg insgesamt vier Volksabstimmungen bzw. Volksbegehren – ich möchte es replizieren –: Das Volksbegehren und die Volksabstimmung im Jahr 1971 zur Verwaltungsreform waren erfolglos, das Volksbegehren zu den ABC-Waffen im Jahr 1985 war unzulässig und ebenfalls erfolglos, und das Volksbegehren zur unmittelbaren Demokratie bei den Gemeinden und Landkreisen im Jahr 2000 war auch erfolglos.

(Zuruf von den Grünen)

Jetzt hatten wir die Volksabstimmung am 27. November 2011. Das Ergebnis war, dass das, was wir von der CDU-Fraktion immer vertreten haben, was in den Parlamenten entschieden worden ist und was die Gerichte bestätigt haben, auch vom Volk so entschieden worden ist. Deswegen war es natürlich in allererster Linie eine politische Niederlage für die Fraktion GRÜNE, aber natürlich auch für die Landesregierung insgesamt. Das wollen wir am heutigen Tag nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Ob es für die SPD ein so großer Erfolg war, Herr Kollege Stoch, dass Sie sagen können: „Wir, die SPD, haben diese Volksabstimmung initiiert“, das wage ich auch zu bezweifeln. Wenn über 50 % der Stimmberechtigten an der Volksabstimmung gar nicht teilnehmen, dann ist das sehr, sehr mager.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: So ein Quatsch!)

Trotz dieses großen medialen Spektakels, das da gemacht worden ist, ist die Beteiligung relativ gering. Und ob die Befriedungsfunktion eintritt, das werden wir erst noch sehen. Die Parkschützer haben es ja schon abgelehnt, dieses Ergebnis zu akzeptieren. Deswegen wage ich auch zu bezweifeln, dass es für die SPD ein großer Erfolg war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 27. November 2011 haben auch andere Wutbürger abgestimmt, die für den Weiterbau von Stuttgart 21 sind, die gesagt haben: „Wir wollen im Schlossgarten keine Demonstrationen mehr und kein Campen mehr. Wir wollen keine Demonstrationen mehr auf den Straßen.“ Meines Erachtens sollte man auf diese Menschen hören. Die direkte Demokratie ist nicht automatisch eine bessere Demokratie, sondern repräsentative und direkte Demokratie können sich allenfalls ergänzen. Darum meine ich, dass die von Ihnen initiierte Debatte in manchen Dingen vom Thema wegführt.

Sie sagen, man solle den Schwung der Volksabstimmung für mehr direkte Demokratie nutzen. Aber ich glaube, im Ergebnis wollen Sie mehr davon ablenken, dass Rot und Grün die Volksabstimmung verloren haben.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Sie wollen das Ergebnis schönreden, und Sie wollen über den eigenen Abschwung hinwegtäuschen.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe von der SPD: Nein, nein! – Da klatscht niemand bei Ihnen! – Das glaubt Ihnen auch niemand!)

Ist die direkte Demokratie wirklich die bessere Demokratie? Ein Blick über den Tellerrand hilft vielleicht, um das zu betrachten. In Frankfurt wurde eine neue Landebahn gebaut, in München wird eine neue Landebahn gebaut, in Berlin wird ein neuer Großflughafen entstehen. Überall, wohin wir schauen, gibt es Proteste: vor dem Bau, während des Baus und nach dem Bau. Dazu stellt sich die Frage: Wer trägt eigentlich die Mehrkosten dafür, die juristischen Kosten, die Polizeikosten, die Kosten für die Bauverzögerungen? Das alles sind

Konflikte, die bewältigt werden müssen und die Sie nachträglich durch eine Volksabstimmung nicht bewältigen können.

Die entscheidende Frage an die Politik, an die Gesellschaft und auch an uns, an die Parteien, ist: Wollen wir die zusätzlichen Kosten, die durch Volksabstimmungen entstehen – 16 Millionen € sind es in diesem Fall –, immer tragen? Wollen wir, die Gesellschaft, dass zusätzliche Kosten durch die Bauverzögerungen und durch die ganzen Begleiterscheinungen dazukommen? Wollen wir diese Form der Bewältigung des Konflikts und der zusätzlichen Kosten haben? Ich sage für die CDU-Fraktion: So wollen wir das nicht haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Sie haben durchaus die Kurve bekommen, Herr Kollege, indem Sie festgestellt haben, dass es entscheidend darauf ankommt, Beteiligungsverfahren zu entwickeln, die zeitlich vor einer Volksabstimmung ansetzen, mit denen sich Menschen im Vorfeld beteiligen. So sieht das auch die Bundestagsfraktion der SPD, wie den gestrigen Veröffentlichungen in der Presse zu entnehmen war:

Bürgerbeteiligung dürfe nicht nur als Mittel angesehen werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen. Eine Einbeziehung sei daher schon in Vorplanungen nötig, „also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird“.

Mit dieser Fragestellung, mit dieser Thematik können wir uns einverstanden erklären. Aber dann müssen Sie gleichzeitig die Frage erlauben, was Sie in der Zwischenzeit hierzu getan haben, außer einige Erörterungstermine durchzuführen. Wir haben ganz konkrete Vorschläge hierzu gemacht. Die vorherige Landesregierung hat es auf den Weg gebracht. Sie hat auch eine Bundesratsinitiative in diesem Sinn gestartet. Sie haben sie im Grunde nur mit leeren Worten begleitet. Es käme darauf an, dass Sie diese Fragen gut beantworten und eine gute Politik daraus entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lassen Sie mich abschließend sagen: Die CDU-Fraktion ist durchaus für mehr Bürgerbeteiligung. Die CDU ist aber für ein schlüssiges Gesamtkonzept, das unsere Gesellschaft trägt, das auch Akzeptanz findet, damit die Menschen, wenn sie dann einbezogen sind, am Schluss der Debatte auch sagen: „Das gefundene Ergebnis akzeptiere ich, trage ich mit, und ich protestiere nicht nachträglich noch weiter.“ Allein darauf, Herr Kollege Stoch, kommt es an.

(Beifall bei der CDU)